

Gletscherverbindung: Ötztal und Pitztal

Die beiden Skigebiete Pitztaler Gletscher und Sölden haben nach über zwei Jahren Planung offiziell ein Zusammenschluss-Projekt eingereicht. Rund 120 Millionen Euro sollen in drei neue Seilbahnen und 64 Hektar Pisten investiert werden.

Die beiden Gletscher-Skigebiete haben ihr Projekt bei der zuständigen Behörde zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) eingereicht. Sowohl Jakob Falkner, Geschäftsführer der Bergbahnen Sölden, als auch Hans Rubatscher, Geschäftsführer der Pitztaler Gletscherbahnen, bezeichneten den Zusammenschluss als „einmalige Chance“ für die Region. Mit der Verbindung der Skigebiete sei eine touristische und wirtschaftliche Aufwertung verbunden. Langfristig erwarteten sich die beiden Unternehmer eine Umsatzsteigerung für die Bergbahnen von bis zu 15 Prozent.



Foto/Grafik: Pitztaler und Ötztaler Gletscherbahnen

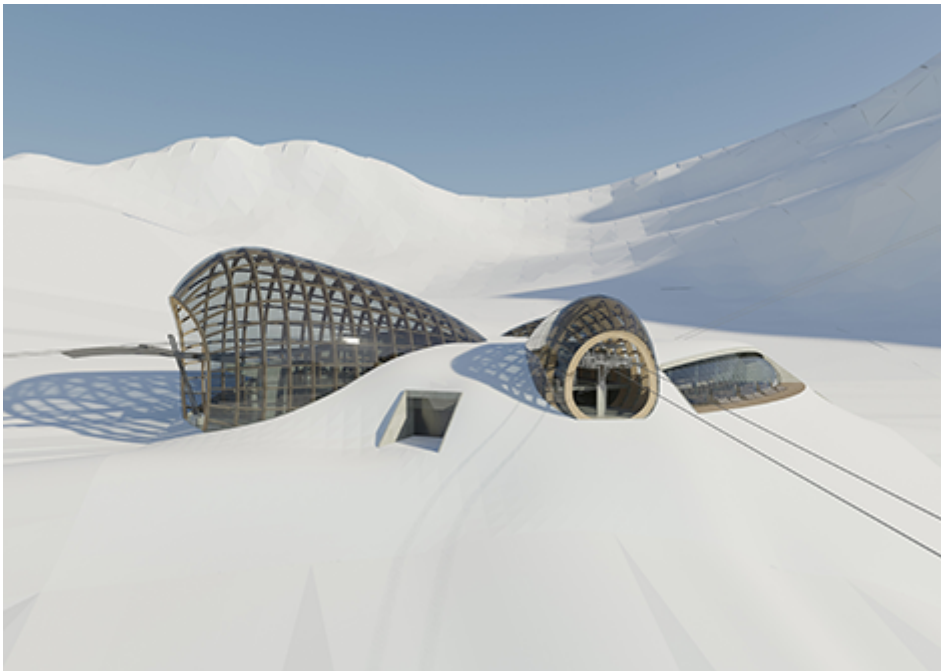
Nur eine Variante denkbar

90 Prozent des Investitionsvolumens tragen die Pitztaler, so Rubatscher. Handle es sich doch im Wesentlichen um die Erweiterung des Skigebietes Pitztaler Gletscher. „Es werden von dem Zusammenschluss aber beide profitieren“, betonten Rubatscher und Falkner unisono. Die Verantwortlichen rechneten mit einer Einnahmensteigerung bei den Nächtigungen von rund 15 Mio. Euro für das Pitztal und von etwa 28 Mio. Euro für das Ötztal. Die eingereichte Variante sei alternativlos: „Es kommt keine andere infrage“, erklärten die beiden Geschäftsführer.

Betreiber glauben an Genehmigung

Realisiert werden soll die Verbindung innerhalb der bestehenden Skigebietsgrenzen rund um den Linken Fernkogel. „Dieser Bereich ist seit 2005 durch eine Widmung der Tiroler Raumordnung zur Erweiterung freigegeben“, erklärte Rubatscher. Daher rechne er auch nicht mit politischem Gegenwind für das Projekt, denn „hier entscheidet die Verwaltung“, so der Geschäftsführer.

Zudem sei es die „einzige Möglichkeit“, eine stagnierende Region zu stützen und die Besiedelung in den Tälern aufrecht zu erhalten: „Es gibt keine andere Möglichkeit als den Tourismus“, argumentierte Rubatscher. Und der Trend gehe nun einmal zu Großraumskigebieten: „Je größer desto besser, die Leute wollen Abwechslung“. Für die Planung habe man bereits zwei Mio. Euro auf den Tisch gelegt.



Foto/Grafik: Baumschlager Hutter Partners

So soll das neue Seilbahnzentrum, bei dem alle drei Seilbahnen zusammenlaufen, aussehen.

Unter den drei vorgesehenen Seilbahnen sei auch eine moderne „3S Bahn“ (Zwei Trag- und ein Zugseil, Anm.), die als Zubringer aus dem Pitztal in das geplante neue Skizentrum fungiert, erläuterte der technische Verantwortliche von „ILF Consulting Engineers“ mit Sitz in Rum bei Innsbruck.

Unterhalb des Karlesferners entstehe das Zentrumsgebäude mit den drei Bahnen, einem Restaurant sowie Ski- und Gerätedepot. „Der komplette Ausbau des Seilbahnzentrums ist aber erst in einer zweiten Phase geplant“, so Rubatscher: „Zunächst brauchen wir einmal Einnahmen“.

Vom Ötztal durch Skitunnel ins Pitztal

Rund 95 Prozent der geplanten 64 Hektar an neuen Pisten werden sich auf bestehenden Gletscherflächen befinden. Daher benötigt es laut dem technischen Verantwortlichen keine Pistenbaumaßnahmen. Darüber hinaus sei ein Skitunnel im Bereich des Rettenbachferners geplant, um von der Ötztaler Seite ins Skigebiet Pitztaler Gletscher fahren zu können.

Verfahren dauert mehr als ein Jahr

Die rund 7.500 Seiten und 600 Pläne umfassenden Projektunterlagen seien im Mai bei der Behörde eingereicht worden. Die Verantwortlichen rechneten damit, dass diese das Konvolut bis September auf ihre Vollständigkeit hin geprüft haben wird. Dann gebe es eine rund neunmonatige Prüfungsfrist an deren Ende eine mündliche Verhandlung stehen werde. Falkner hoffte, dass es zu „keiner Verzögerung“ kommen wird. Denn die wirtschaftlichen und touristischen Argumente würden eine „klare Sprache“ sprechen. „Dass es ein Eingriff ist, ist klar“, räumte er ein: „Aber ich bitte darum, sachlich zu bleiben“.

Grüne reagieren zurückhaltend skeptisch

Laut aktueller Koalitionsvereinbarung zwischen ÖVP und den Tiroler Grünen ist diese Variante eines Zusammenschlusses derzeit nicht möglich. Grundsätzlich sei es aber jedem Projektwerber unbenommen, seine Vorstellungen einzureichen, so Klubobmann Gebi Mair. Jetzt sei vorerst die Behörde am Zug, diese Projekt nach den Buchstaben des Gesetzes zu bewerten. Auch wenn man in der Politik nie etwas garantieren könne, geht er auch in diesem Fall davon aus, dass das Koalitionsabkommen halten werde.